SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Partizipation und Kooperation zur Effektivitätssteigerung in Politik und Governance?

Newig, Jens

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Newig, J. (2011). Partizipation und Kooperation zur Effektivitätssteigerung in Politik und Governance? In H. Heinrichs, K. Kuhn, & J. Newig (Hrsg.), *Nachhaltige Gesellschaft: welche Rolle für Partizipation und Kooperation?* (S. 65-79). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-406626

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Partizipation und Kooperation zur Effektivitätssteigerung in Politik und Governance?

Jens Newig

1 Partizipation als Instrument zur Erreichung ökologischer Nachhaltigkeit

Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik haben eine lange Tradition in modernen Demokratien beiderseits des Atlantiks. Nachdem in den USA bereits 1990 der „Negotiated Rulemaking Act" eine weitgehende Bürgerbeteiligung in öffentlichen Umweltentscheidungen rechtsverbindlich einführte, war es vor allem die Rio-Erklärung von 1992, die in ihrem Prinzip 10 eine Beteiligung aller betroffenen Bürger an Umweltbelagen weltweit zum Standard erklärte. In Bezug auf Europa einigten sich 1998 in dem Århus-Übereinkommen[7] die internationalen Unterzeichnerstaaten auf drei Säulen der Öffentlichkeitsbeteiligung: das Recht auf Zugang zu Informationen über die Umwelt, das Recht auf Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren sowie das Recht auf Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Die Europäische Union hat sich diese Politik auf vielfältige Weise zu eigen gemacht. Die neue Umweltinformationsrichtlinie[8] trägt vor allem zur Umsetzung der ersten Säule des Århus-Übereinkommens bei und wurde jüngst durch eine Richtlinie über die Öffentlichkeitsbeteiligung an umweltrelevanten Vorhaben (Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie)[9] ergänzt. Darüber hinaus wurde 2001 in der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung (SUP-Richtlinie)[10] festgeschrieben, dass die potentiell betroffene Öffentlichkeit „frühzeitig und effektiv" in die Entscheidungsverfahren über bestimmte Pläne und Programme einbezogen werden muss. Als erste *materielle* Regelung auf EU-Ebene mit weitreichenden Beteiligungsrechten für die Öffentlichkeit wurde im Dezember 2000 die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)[11] erlassen.

Teils inspiriert durch diese internationalen und europäischen Tendenzen, teils parallel dazu fand in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Deutschland eine eigene Entwicklung in Richtung verstärkter Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit in (umweltrelevante) Planungsvorhaben statt (Selle 1996; Voßkuhle 2001; Fisahn 2002a) – sieht man von dem

---

[7] Zu dem nach dem Ort der Unterzeichnung, der dänischen Stadt Århus, benannten „Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten" vgl. Scheyli 2000; Zschiesche 2001.

[8] RL 2003/4/EG vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der Richtlinie 90/313/EWG des Rates.

[9] Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten.

[10] RL 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme.

[11] Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik.

H. Heinrichs et al, *Nachhaltige Gesellschaft*, DOI 10.1007/978-3-531-93020-6_5,
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

„Einbruch“ durch die Beschleunigungsgesetzgebung Anfang der 1990er Jahre einmal ab (Fisahn 2002b). Diese Entwicklung stand und steht im Zusammenhang mit der Diskussion um ökologische und soziale Nachhaltigkeit (Heins 1998), den postulierten „Formwandel politischer Steuerung“ (Mayntz & Scharpf 1995) hin zu einem „polyzentrischen Politikverständnis“ (Minsch et al. 1998) sowie neue Formen von Governance, wie sie in dem Weißbuch der Kommission unlängst skizziert wurden.

Dabei haben sich die Motive zur Durchführung partizipativer im Unterschied zu klassisch hoheitlichen Entscheidungsverfahren im Laufe der Jahrzehnte gewandelt (Newig 2011). Noch in den 1960er und 70er Jahren standen emanzipatorische Motive im Mittelpunkt, so die Möglichkeit zur Mitbestimmung und die Öffnung von Entscheidungsprozessen (von Alemann 1975) bis hin zur Selbstbestimmung von Bevölkerungsgruppen (Arnstein 1969). Daneben wurden (und werden) mit Partizipation legitimatorische Ziele verfolgt, die auf eine stärkere Demokratisierung der Gesellschaft ausgerichtet sind. Wichtige Stichworte sind hier eine stärkere Transparenz und Kontrolle der Verwaltung (Voßkuhle 2001) sowie aus rechtlicher Sicht die Einbindung von Betroffenen im Vorfeld von Verfahren anstelle weitreichender Klagebefugnisse im Nachhinein („vorgelagerter Rechtsschutz“; Fisahn 2002a). Legitimatorische Motive spielen in der jüngeren politikwissenschaftlichen Partizipationsdebatte nach wie vor eine wichtige Rolle (Renn et al. 1995; Feindt 2001; Arbter et al. 2005).

In den letzten Jahren zeigt sich jedoch ein klarer Trend zu einem *instrumentellen, effektivitätsorientierten* Verständnis von Partizipation. Vor dem Hintergrund fortwährender Implementationsdefizite in der Umweltpolitik (Knill & Lenschow 2000) und zunehmend komplexer gesellschaftlicher sowie sozial-ökologischer Wechselwirkungen wird Partizipation zum Mittel, um (umwelt-)politische Ziele zügiger, zielgenauer und effektiver durchzusetzen (Beierle & Cayford 2002; Coenen et al. 1998). So erwartet Heinelt (2002: 17) “that participation leads to a higher degree of sustainable and innovative outcomes”. Als ein Beispiel aktueller Umweltpolitik sieht die Europäische Kommission Öffentlichkeitsbeteiligung als Voraussetzung zur Erreichung wasserpolitischer Ziele: „Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die Umweltziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen“ (EU 2002: 7; näher dazu Newig 2005).

Die Annahme, dass Partizipation zu effektiver Politik beitrage, das heißt im Umweltbereich eine ökologisch nachhaltige Entwicklung befördere, ist bislang weitgehend eine Behauptung geblieben. In der sozialwissenschaftlichen Literatur finden sich unterschiedliche, einander häufig widersprechende Thesen und die empirische Datenlage zeichnet ein ebenso lückenhaftes wie ambivalentes Bild. Koontz & Thomas (2006: 118) diagnostizieren daher, dass “a considerable gap remains in our understanding of the effect of [particpatory] process characteristics and policy outputs on environmental outcomes.”

Der vorliegende Beitrag fasst den aktuellen Stand der Debatte in der internationalen Literatur zur ökologischen Effektivität von partizipativer Governance anhand von konzeptionellen und empirisch-vergleichenden Analysen zusammen. Der Beitrag schließt mit Perspektiven dazu, wie einerseits ein verbessertes Verständnis der Bedingungen, unter denen Partizipation tatsächlich ökologisch nachhaltige Entwicklung stärkt, erreicht werden kann und andererseits, wie Governance-Formen ausgestaltet sein können, um möglichen „Trade-offs“ zwischen effektiver Politikdurchsetzung sowie Legitimation und Transparenz von Entscheidungsstrukturen zu begegnen.

2 Konzeptionalisierungen: Paradox zwischen Partizipation und ökologischer Nachhaltigkeit?

Was ist Partizipation? Übliche Definitionen reichen von Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung und zivilgesellschaftlichem Engagement über (betriebliche) Mitbestimmung bis hin zu Kooperation und gemeinsamer Entscheidungsfindung. Die Politik- und Governance-orientierte Perspektive zielt vor allem auf fünf Elemente:

1. Zunächst einmal lässt sich Partizipation abgrenzen zu einseitigem bzw. ausschließlich hoheitlichem Handeln (Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen). Bei Partizipation geht es um das gemeinsame Problemlösen, die gemeinsame und konsensuale Entscheidungsfindung, die Rolle von Kommunikation und Interessenausgleich. Der sach- und zielorientierten wechselseitigen Kommunikation in Gruppen (Rowe & Frewer 2005) und deliberativen Prozessen (Habermas 1981, Webler et al. 1995) kommt damit eine wichtige Bedeutung zu.
2. Bei Partizipation geht es um eine Teilhabe an *Entscheidungen im öffentlichen Raum*. Entscheidungen sind kontingent, das heißt, Entscheidungen im öffentlichen Raum machen für einen größeren Personenkreis Vorgaben über künftiges Handeln, die auch anders ausfallen könnten (Luhmann 1987: 400) und damit potenziell eine konflikthafte Materie regeln. Wenn also nichts von öffentlichem Interesse zu entscheiden ist, gibt es auch keine Partizipation im so verstandenen Sinn. Beispielsweise kann sich bürgerschaftliches Engagement auf „Graswurzel-Aktionen“ im Bereich der Naturschutzpflege beziehen. Solange diese reinen Aktionscharakter tragen, aber keine Bindungswirkung über künftige Aktivitäten entfalten, liegt keine Partizipation im Sinne der Politik- und Governance-Perspektive vor.
3. Darüber hinaus geht es bei Partizipation um eine Teilhabe von *Personenkreisen, die nicht routinemäßig derartige Entscheidungen vornehmen* (Renn 2005). Damit bilden beispielsweise Wahlen oder Bürgerentscheide keine Formen von Partizipation im hier verstandenen Sinne. Allerdings bedeutet dies nicht, dass in partizipativen Prozessen keine staatlichen Entscheidungsorgane beteiligt sind; es darf sich nur nicht ausschließlich um solche handeln.
4. Partizipation impliziert zudem eine Machtabgabe an die beteiligten Personenkreise. Solange also lediglich Kommunikation im Kontext öffentlicher Entscheidungen stattfindet, die Anliegen der Beteiligten aber die zu treffenden Entscheidungen nicht beeinflussen können, liegt keine Partizipation vor (Arnstein 1969).
5. Schließlich liegt Partizipation nur dann vor, wenn der Kreis der beteiligten Personen diejenigen mit einem legitimen Anliegen ausreichend repräsentiert (Schmitter 2002). Die Beteiligung nur bestimmter Interessengruppen ist dann eher als Lobby-Arbeit oder allgemein korporatistische Handlungsform einzustufen.

Einige der dieser fünf Kriterien können mehr oder weniger stark erfüllt sein, so dass sich unterschiedliche Grade oder Intensitäten von Partizipation unterscheiden lassen. Die Kriterien (2) und (3) sind hiervon ausgenommen, sie müssen erfüllt sein, damit Partizipation überhaupt vorliegt. Die Kriterien (1), (4) und (5) können hingegen in unterschiedlichen Abstufungen vorliegen. Dabei charakterisieren die jeweiligen Ausprägungen der Kriterien (1) und (4) den Prozess der Partizipation, die Ausprägung des Kriteriums (5) charakterisiert

dagegen die beteiligten Akteure. Daraus ergibt sich, dass Partizipation ein mehrdimensionales Konzept ist. Frühe Klassifikationen von Partizipation haben häufig einseitig auf Machtaspekte abgehoben, so vor allem die bekannte „Ladder of Citizen Participation" der Amerikanerin Sherry Arnstein (1969). Andere Klassifikationen setzen einseitig auf die Art der Informationsflüsse (Rowe & Frewer 2005). Das hier verwendete Partizipationskonzept basiert auf folgenden Dimensionen, die jeweils variable Grade annehmen können:

- die Art, Richtung und Intensität der Informationsflüsse (z.B. reine Anhörungsverfahren oder intensive Face-to-Face-Kommunikation mit der Möglichkeit zu deliberativen Prozessen);
- die Stärke des Einflusses auf die zu treffenden Entscheidungen, der den Beteiligten gewährt wird;
- der Kreis der beteiligten Personen (wenige Interessengruppenvertreter oder eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung).

Partizipation im hier verstandenen Sinne umfasst eine Vielzahl von Prozessformen wie beispielsweise Anhörungen (Rowe & Frewer 2000), Planungszellen (Dienel & Renn 1995) und die verwandte Form der Citizens Jurys (Smith & Wales 2000), deliberative Foren (Hendriks 2006), Stakeholder-Dialoge (Stoll-Kleemann & Welp 2006; van de Kerkhof 2006), Konsensus-Konferenzen und dialogische Verfahren (Feindt 1997; Heinrichs 2007) oder die vor allem in den USA verbreiteten Bürgerbeiräte („Citizen Advisory Committees") (Lynn & Busenberg 1995). Im englischen Sprachraum ist auch häufig von „collaborative governance" oder „management" die Rede (Randolph & Bauer 1999; Innes & Booher 2002; Koontz & Thomas 2006; Busenberg 2007), womit aber ähnliche oder gleiche Formen gemeint sind. Auch die vielfältigen Formen von Umweltmediation bzw. Mediation im öffentlichen Bereich (Fietkau & Weidner 1994; Baughman 1995; Claus & Wiedemann 1994; Weidner 1998; Zilleßen 1998; Holzinger 2000; Watson & Danielson 2004) bilden eine große Schnittmenge mit Prozessen partizipativer Governance.

Der hier gewählte Terminus „partizipative Governance" (Heinelt 2002; Schmitter 2002; Grote & Gbikpi 2002; Lovan et al. 2004) hebt vor allem auf zwei Aspekte ab: Obwohl Governance nicht dasselbe meint wie „Steuerung", impliziert das Konzept doch, dass gesellschaftliche Probleme oder Konflikte (wie etwa in den Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit) angegangen werden mit dem Ziel, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen (Mayntz 2003; Schmitter 2006; Heinelt 2008). Zugleich ist der Governance-Begriff breit genug, um unterschiedliche Formen von Partizipation, sowohl im Sinne staatlich initiierter Verwaltungsverfahren („Top-Down") als auch zivilgesellschaftliche Initiativen der Konfliktlösung („Bottom-Up"), zu umfassen, solange kollektiv verbindliche Entscheidungen angestrebt werden.

In der internationalen Literatur finden sich eine ganze Reihe theoretisch-deskriptiver und normativer Annahmen zur ökologischen Effektivität von Partizipation (für einen Überblick siehe Lafferty & Meadowcroft 1996; Feindt & Newig 2005; Reed 2008). Die Schlüsselannahme lautet, dass Partizipation in umweltbezogenen Governance-Prozessen (a) zu *Outputs* (kollektiven Entscheidungen) mit im Vergleich zu hoheitlichen Entscheidungsverfahren höheren Umweltstandards führt und (b) die Implementation dieser Outputs verbessere *(Outcomes)*. Allerdings finden sich zu allen Elementen dieser Annahme entsprechende Gegenpositionen in unterschiedlichen Forschungsrichtungen wie beispielsweise der

Implementationsforschung oder Sozialpsychologie. (c) Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass dem gesellschaftlichen und umweltbezogenen *Kontext* von Entscheidungsverfahren eine Schlüsselrolle bei der ökologischen Effektivität von Beteiligungsprozessen zukommt. Im Einzelnen finden sich folgende, einander teils widersprechende, Argumentationen:

(a) Partizipation und umweltbezogene Outputs: Beteiligung wird das Potenzial zugesprochen, etablierte Netzwerke zwischen politisch-administrativen Entscheidungsträgern und wirtschaftlichen Eliten aufzubrechen und damit umweltbezogenen Anliegen größeren Raum zu geben (Smith 2003; Kastens & Newig 2007). Bei einem weniger umweltorientierten zivilgesellschaftlichen Umfeld wird dagegen eher eine Verwässerung ökologischer Standards vermutet (Layzer 2008). Durch die Einbeziehung des lokalen Wissens nichtstaatlicher Akteure wird weiterhin eine verbesserte Informationsbasis umweltbezogener Entscheidungen erwartet (Berkes & Folke 2002; Pellizzoni 2003). Andere Autoren bestreiten ebendies, da Umweltentscheidungen typischerweise komplexe technische Sachverhalte betreffen. Behörden und ausgewiesene Experten verfügten jedoch über eine entsprechende Wissensbasis und seien nicht auf lokales Laienwissen angewiesen (Fisahn 2002a; Rydin 2007).

Unter Rückgriff auf das von Habermas (1981) entwickelte Konzept des kommunikativen Handelns lassen gut durchgeführte partizipative und diskursive Gruppenprozesse kollektive Lernerfolge erwarten. So erhofft man sich eine kreativere Entwicklung neuer Lösungen durch Deliberation und eine Vielfalt von Perspektiven (Webler et al. 1995). Als Erfolgsvoraussetzung wird ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis der Beteiligten genannt (Sabatier et al. 2005). Als weitere „Erfolgskriterien“ seien nur beispielhaft genannt: die Transparenz des Verfahrens und offene Kommunikation, frühzeitige Beteiligung, gemeinsame Festlegung von Verfahrensregeln und die Über- bzw. Allparteilichkeit der Moderation (vgl. Linder & Vatter 1996). Eine Grundvoraussetzung dafür, dass die oben genannten erwünschten Effekte eintreten, liegt weiterhin darin, dass bezüglich der zu treffenden Entscheidung eine genügende Offenheit besteht. Aus sozialpsychologischer Sicht wird gleichwohl auf potenziell nachteilige Effekte partizipativer Gruppenprozesse verwiesen, so beispielsweise die Tendenz zu riskanteren Entscheidungen oder eine Schließung gegenüber kritischen Stimmen (Cooke 2001).

Allgemein wird die Effektivität von Partizipation in umweltbezogenen Entscheidungsprozessen aus Sicht der Ökonomischen Theorie der Politik (Public-Choice-Theorie) in Frage gestellt. Schon frühe Arbeiten verweisen darauf, dass die kollektive Nutzung bzw. Verschmutzung natürlicher Ressourcen regelmäßig soziale Dilemma-Situationen impliziert (Hardin 1968). Daher seien Institutionen auf ausreichend großen räumlichen Skalen nötig, um negative Externalitäten *(spillovers)* zu internalisieren. Partizipative Entscheidungsprozesse sind jedoch typischerweise lokal angelegt. Dahl (1994) nennt dies das „demokratische Dilemma zwischen System-Effektivität und Bürgerbeteiligung“.

(b) Partizipation und umweltbezogene Outcomes: Von den oben diskutierten Outputs unterscheiden sich Outcomes durch den Vorgang der Implementation. Allgemein wird die Implementation umweltbezogener Entscheidungen in modernen Demokratien als unzureichend angesehen. Die Implementationsforschung hat wiederholt auf entsprechende „Implementationsdefizite“ verwiesen (Mayntz et al. 1978; Svoboda 1988; Jordan 2002).

Häufig werden diese mit einer geringen Akzeptanz von Entscheidungen seitens staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in Verbindung gebracht. Deren Beteiligung in Entscheidungsprozessen wird daher als potenziell förderlich zur Erhöhung von Akzeptanz angesehen, da so ihre Interessen in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden (Bulkeley & Mol 2003). Ergebnisse der *procedural-justice*-Forschung zeigen, dass als fair wahrgenommene Entscheidungsprozesse Akzeptanz selbst dann erhöhen, wenn die Ergebnisse den Akteurspräferenzen nicht entsprechen (Lind & Tyler 1988; Sabatier et al. 2005). Coglianese (1997) argumentiert dagegen, dass Partizipation wegen häufiger Meinungsunterschiede zum Beispiel über Fragen legitimer Teilnehmerkreise eher Akzeptanz vermindernd wirkt. Weiterhin sei es Partizipationsprozessen immanent, dass sie die Beteiligten auch über für sie negative Aspekte informieren, was zu einer weiteren Reduktion der Akzeptanz führe.

Die Implementationsforschung hat die Einbeziehung einer größeren Zahl von Akteuren in Entscheidungsprozesse traditionell als Hindernis für eine effektive Umsetzung von Entscheidungen angesehen (Pressman & Wildavsky 1984 [1973]; Hill & Hupe 2002), insbesondere wenn Akteure mit Veto-Macht Entscheidungen blockieren können (Tsebelis 1995). Hier ist die so genannte „Bottom-Up"-Schule keine Ausnahme (Lipsky 1971). Von einigen frühen Ausnahmen abgesehen (Mazmanian & Sabatier 1980) wird Partizipation erst in jüngerer Zeit als Desiderat im Implementationsprozess angesehen, allerdings hauptsächlich aus emanzipatorischen Überlegungen heraus und weniger mit Blick auf eine effektive Implementation selbst (deLeon & deLeon 2002). Anders als diese einflussreichen meist nordamerikanischen Arbeiten begreift die europäische Implementationsforschung Partizipation in jüngerer Zeit als förderlich im Kontext nachhaltiger Entwicklung (O'Toole Jr. 2004).

(c) Bedeutung des Kontexts: Klassischerweise liegt in der Partizipationsforschung der Schwerpunkt auf den Prozessen, ihrer Ausgestaltung und ihren Wirkungen. Zunehmend wird auf die Bedeutung der gesellschaftlichen und problembezogenen Rahmenbedingungen einerseits sowie der Akteure und ihrer Konstellationen andererseits verwiesen,, die ein Partizipationsverfahren und seinen Ausgang prägen können (Delli Carpini et al. 2004; Lejano et al. 2007). Beispielsweise mag eine spezifische Konstellation von Akteursinteressen mehr oder weniger förderlich für eine partizipative bzw. konsensuale Entscheidungsfindung sein: In sozialen Dilemma-Situationen etwa nach dem „St.-Florians" oder „NIMBY" (Not In My Back Yard)-Prinzip, die typischerweise bei Standortentscheidungen auftreten, wird zivilgesellschaftliche Partizipation als Mittel zur rationaleren Konfliktlösung genannt (Renn & Webler 1996; Schively 2007). Andere Autoren fanden, dass Partizipation in diesen Situationen ineffektiv bleibt (Holtkamp 2006; Bogumil et al. 2003).
Dieser kurze Überblick zeigt bereits die in der Literatur vorhandenen Inkonsistenzen zu der Frage, inwieweit Partizipation eine ökologisch nachhaltige Entwicklung fördere.

3 Empirische Forschungsergebnisse

Die mit Abstand wichtigste Quelle empirischer Daten im Bereich umweltbezogener Governance-Verfahren bilden Fallstudien. Zahlreiche Einzelfallstudien[12] wurden bisher

[12] Es ist schier unmöglich, eine auch nur annähernd repräsentative Auswahl dieser Vielzahl von Veröffentlichungen zu zitieren. Unter den besonders bekannten und einflussreichen Studien seien exemplarisch genannt der Snoqualmie-River-Konflikt, der zu einer der ersten intensiven umweltbezogenen Beteiligungsverfahren in den

veröffentlicht, die eine erhebliche Bandbreite an Anwendungsbereichen abbilden und stark hinsichtlich Länge und Qualität des Datenmaterials variieren. Viele wurden von Praktikern verfasst, von denen einige selbst in die beschriebenen Prozesse involviert waren, sei es als Mediatoren, Behördenvertreter, Teilnehmer oder Wissenschaftler. Viele wurden ohne expliziten konzeptionellen Hintergrund verfasst. Insgesamt wurden umweltbezogene Outputs, geschweige denn Outcomes, meist nur kursorisch einbezogen (siehe Newig & Fritsch 2007). Die Tatsache, dass die allermeisten Fallstudien aus Nordamerika stammen, reflektiert die Bedeutung von Beteiligungs- und Mediationsverfahren in den Vereinigten Staaten und Kanada.

Obwohl die überwiegende Mehrzahl von Veröffentlichungen Einzelfallstudien portraitiert, sind einige vergleichende Untersuchungen verfügbar, die fast ausnahmslos partizipative Entscheidungsprozesse in den USA zum Gegenstand haben und jeweils nur in Teilen die Beziehung zwischen Partizipationsverfahren und deren Outputs bzw. Outcomes untersuchen:

- Die Pionierstudie von Bingham (1986) vergleicht 161 Fälle von Umweltmediation in Bezug auf ihr Potenzial für konsensuale Entscheidungen. Es wird versucht, Outputs (hier: ob ein Konsens erzielt wurde oder nicht) mit bestimmten Einflussfaktoren in Beziehung zu setzen. Allerdings bleibt dieser Versuch kursorisch und kausale Einflussfaktoren werden nicht herausgearbeitet. Da weder die Implementation von Entscheidungen noch ihre Angemessenheit in Bezug auf die jeweiligen ökologischen Probleme überprüft wird, bleiben viele Fragen offen. Gleichwohl entwickelt die Studie eine Reihe potenziell wichtiger Kontext- und Prozess-Faktoren.
- Coglianese (1997) untersucht 67 Fälle von *negotiated rulemaking*, einer speziellen Form partizipativer Normfindung in den Vereinigten Staaten. Er stellt fest, dass – entgegen den Erwartungen – partizipative Prozess länger andauern und häufiger zu Rechtsstreitigkeiten führen als nicht-partizipative Verfahren. Allerdings wurden weder die Angemessenheit der Entscheidungen noch deren Implementation untersucht.
- Chess & Purcell (1999) vergleichen etwa 20 Fallstudien in umweltbezogenen Entscheidungsverfahren, von denen einige mehrere Fälle darstellen. Die Studie entwickelt eine Reihe von Kontext-, Prozess- und Ergebnisvariablen. Bezeichnenderweise zeigt sich hier, dass die Art des partizipativen Verfahrens *keinen* Einfluss auf Outputs bzw. Outcomes hat.
- Ein spezifischer Sektor partizipativer Governance – Wassermanagement in kleinen Einzugsgebieten – wurde von Leach et al. (2002), Sabatier et al. (2005) und Leach (2006) untersucht. In 76 der sogenannten „watershed partnerships“ in den US-Staaten Kalifornien und Washington wurden die demokratischen Vorteile von Kooperation und Partizipation untersucht und deren Wirkung auf Outputs gemessen, wobei Variablen wie soziales Kapital und kollektives Lernen eine große Rolle spielen. Einflüsse des Kontexts sowie umweltbezogene Outcomes wurden jedoch nicht einbezogen.
- Die bislang umfangreichste vergleichende Analyse umweltbezogener partizipativer Governance-Prozesse haben Beierle & Cayford (2002) vorgelegt. In eine Fallstudien-Metaanalyse von 239 bereits veröffentlichten Fallstudien haben die Autoren Kontext-, Prozess- und Ergebnisvariablen untersucht. Partizipations-„Erfolg“ wurde hauptsäch-

Vereinigten Staaten führte (Dembart & Kwartler 1980); weiterhin der Aargau-Mülldeponie-Standortfindungsprozess (Renn et al. 1996) oder die Mediation zur Sonderabfalldeponie Münchehagen (Striegnitz 1995).

lich im Sinne demokratischer Legitimität gemessen, umweltbezogene Outcomes dagegen kaum berücksichtigt, obgleich die Autoren feststellen, dass "the purpose of participation has shifted from merely providing accountability to developing the substance of policy" (Beierle & Cayford 2002: 5). Partizipation, so die Hauptschlussfolgerung der Autoren, bringe häufig Entscheidungen hervor, welche die Werte der Öffentlichkeit reflektieren, ausreichend robust sind und förderlich zur Lösung von Konflikten, der Bildung von Vertrauen und der Bildung der Bevölkerung in Umweltfragen sind (Beierle & Cayford 2002: 74). Die zentrale Rolle für den „Erfolg" von Partizipation wird der *Prozessgestaltung* zugeschrieben, wobei intensivere Prozesse allgemein als erfolgreicher gewertet werden als weniger intensive.

- Unlängst hat der US-amerikanische National Research Council (Dietz & Stern 2008) eine breit angelegte Studie zu den allgemeinen Vorteilen und Risiken von Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich vorgelegt. Die Autoren sichten eine Fülle konzeptioneller und empirischer Literatur (fast 300 Fallstudien), fast ausschließlich in den Vereinigten Staaten, und leiten daraus eine Reihe von Politik-Empfehlungen ab. Während der Kontext von Partizipation zwar als wichtig für das Zustandekommen von Outcomes bezeichnet wird, lautet die zentrale Schlussfolgerung, dass „gut durchgeführte" Prozesse kontextbezogene Schwierigkeiten kompensieren können. Die Autoren schließen mit einem Appell für eine stärkere Berücksichtigung von Kontextfaktoren und mahnen verstärkte vergleichende Fallstudien an, "that allow a stronger assessment of generality and causality" and an "increased level of rigor in research design" (Dietz & Stern 2008: 9-15).
- Der Autor dieses Beitrags hat in Ko-Autorenschaft eine vergleichenden Meta-Analyse von 47 Fällen unterschiedlich partizipativer Entscheidungsverfahren in Nordamerika und in Europa durchgeführt (Newig & Fritsch 2009b). Es stellte sich heraus, dass Partizipation in den untersuchten Fällen zwar tendenziell zur Beilegung von Konflikten und dem Aufbau wechselseitigen Vertrauens beitrugt, umweltbezogene Outputs und Outcomes jedoch nicht signifikant beeinflusste im Vergleich zu stärker hoheitlichen Entscheidungsverfahren. Während umweltbezogene Outcomes weitgehend auf die Präferenzen der involvierten Akteure zurückgeführt werden konnten, hing der Einfluss von Partizipation entscheidend von einer Reihe von Kontextvariablen, z.B. der geographischen Skala des untersuchten Problems, ab. Weiterhin wurden trade-offs zwischen Outputs und Outcomes festgestellt, die auf die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtungsweise des „Erfolges" partizipativer Governance verweisen.

Anhand der hier summarisch skizzierten Ergebnisse größerer vergleichender Studien lassen sich einige vorsichtige Schlussfolgerungen ziehen. Zunächst fällt auf, dass der Gestaltung partizipativer Prozesse im Umwelt- und Nachhaltigkeitskontext ein erhebliches Gewicht für den − wie auch immer definierten − Erfolg beigemessen wird (Beierle & Cayford 2002; Dietz & Stern 2008). Die Prozessgestaltung nimmt denn auch den größten Raum bei der Analyse von Fallstudien ein. Daneben wird auch Kontextfaktoren eine erhebliche Bedeutung attestiert, zugleich wird aber häufig eingeräumt, dass diese nicht immer ausreichend analysiert wurden. So besteht noch erheblicher Forschungsbedarf zur tatsächlichen Rolle von Kontextbedingungen. Zu den Umwelt- und Nachhaltigkeitseffekten (Outcomes) besteht am wenigsten systematische Forschung, wie von den Autoren etlicher Studien eingeräumt wird.

Wie uneinheitlich sich die umweltbezogenen Wirkungen von Partizipation darstellen können, sei an folgendem Beispiel des Gewässerrandstreifenprojekts „Spreewald“ (Baranek & Günther 2005) erläutert. Kurz nach der Wiedervereinigung sollten innerhalb des Biosphärenreservates „Spreewald“ im Rahmen eines vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Großprojekts Naturschutzziele wie beispielsweise eine Revitalisierung von Niedermoorstandorten oder eine Verbesserung der Biotopqualität in den Fließgewässern erreicht werden. Nach heftigem Widerstand seitens der lokalen Bevölkerung, insbesondere von Interessenvertretern aus Wasser-, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Fischerei sowie aus Fachämtern der Kommunen vor Ort, wurde in einem mehrstufigen Beteiligungs- und Mediationsverfahren ein breit akzeptierter Kompromiss zwischen Naturschutz- und lokalen Nutzungszielen erzielt. Partizipation hat hier einerseits zu einer Abschwächung von Umweltzielen (Output im Sinne einer kollektiv verbindlichen Entscheidung) geführt. Andererseits steht zu erwarten, dass die Umsetzung dieser Ziele wegen der stark erhöhten Akzeptanz durch die lokalen Akteure – ohne die Maßnahmen kaum implementierbar sind – maßgeblich verbessert wurde. Solche trade-offs zwischen *Output* und *Outcome* mögen durchaus charakteristisch für umweltbezogene Partizipationsprozesse sein.

Zugleich bleibt die Frage offen, inwieweit partizipative Governance in der Lage ist, bestehende Zielambivalenzen und -konflikte innerhalb komplexer Probleme von Governance für nachhaltige Entwicklung zu lösen (Newig et al. 2008) und damit auch zum Ausbalancieren ökologischer, ökonomischer und sozialer Dimensionen beitragen kann.

4 Ausblick

Der kurze Überblick über den Stand der internationalen Debatte zur ökologischen Effektivität von Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung zeigt zweierlei. Einerseits gibt es eine Vielzahl von teils komplementären, teils konkurrierenden, teils widerstreitenden Annahmen über die Wirkung von Partizipation auf ökologische Outputs und Outcomes. Während der „Mainstream“ der Partizipationsliteratur einen positiven Zusammenhang zwischen Partizipation und ökologisch nachhaltiger Entwicklung annimmt, ja diesen oftmals gar als gegeben voraussetzt, erscheinen diese Annahmen aus Sicht anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen wie der Sozialpsychologie oder der Implementationsforschung in einem ganz anderen Licht. Zweitens sind die empirischen Forschungsergebnisse noch sehr lückenhaft und zudem ambivalent. Zwar liegen eine Vielzahl von Einzelfallstudien insbesondere aus Nordamerika und Europa vor, diese harren aber noch einer systematischen Auswertung. Deutlich wird vor allem, dass der gesellschaftliche und problembezogene Kontext mit darüber entscheidet, ob Partizipation eine ökologisch nachhaltige Entwicklung stärkt oder aber gar konterkariert. Eine Schlüsselrolle scheint dabei den Wahrnehmungen und Einstellungen der einbezogenen Akteure zuzukommen.

Für die Bewertung der Umwelt- und Nachhaltigkeitswirkungen partizipativer Governance hängt viel von der Unterscheidung in *Outputs* und *Outcomes* und die zwischen beiden möglichen trade-offs ab. Wie der Spreewald-Fall exemplarisch gezeigt hat, kann Partizipation durchaus zu einer Senkung des „Umwelt-Niveaus“ von Outputs führen, auf dem Wege verstärkter Akzeptanz seitens der beteiligten Akteure und deren Netzwerkbildung untereinander aber dazu führen, dass Entscheidungen besser und zügiger umgesetzt

werden, so dass Partizipation letztlich doch eine Effektivitätssteigerung in Umweltpolitik und -governance bewirkt.

Welche Rückschlüsse lassen sich aus diesen Ergebnissen – falls überhaupt – für die Gestaltung partizipativer (oder gerade nicht-partizipativer) Governance-Prozesse im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ziehen? Wenn es eine zentrale Schlussfolgerung gibt, dann die, dass die Erfolgsaussichten von Partizipation stark vom jeweiligen Kontext abhängen. Partizipation kann also keine Patentlösung sein. Vor der unreflektierten Übertragung gängiger „Best-Practice"-Beispiele kann nur gewarnt werden. Zentral ist eine Klarheit über die Ziele von Partizipation. Warum sollen nicht-staatliche Akteure eingebunden werden? Je nachdem, ob deren Wissen gefragt ist, Konflikte gelöst werden sollen oder die Akzeptanz für Umweltmaßnahmen im Vordergrund steht, bietet sich die Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen und der Einsatz unterschiedlicher Partizipationsformen an. Eine umfassende Stakeholder-Analyse kann hier hilfreich sein. Ein aufrichtiges Erwartungsmanagement trägt dazu bei, dass bei den beteiligten Akteuren keine unerfüllbaren Erwartungen etwa in Bezug auf ihre Mitentscheidungsmöglichkeiten geweckt werden.

Angesichts der nach wie vor unbefriedigenden Wissenssituation mag es verwundern, dass Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung in umweltbezogenen Entscheidungsverfahren durchaus der politischen Mode unterliegen. Welche Forschungsstrategien bieten sich an? Zum einen gilt es, das in vielen Hunderten von Einzelfallstudien bereits vorhandene empirische Wissen systematisch zu aggregieren und mit Blick auf die ökologische Effektivität von Partizipation auszuwerten. Hierzu bietet sich die Methode der Fallstudien-Metaanalyse (Case survey) an (Larsson 1993; Beierle & Cayford 2002; Newig & Fritsch 2009b; Newig & Fritsch 2009a). Die – bisher kaum angewendete – Case-survey-Methode ermöglicht es, qualitatives, fallbasiertes Wissen systematisch zu aggregieren und statistisch auszuwerten und damit erheblich verlässlichere Ergebnisse zu liefern als Einzelfallstudien oder klassische „Reviews". Gleichwohl lassen sich durch dieses Vorgehen nicht alle systematischen Verzerrungen – etwa durch eine Selektion tendenziell „positiver" Verfahren, die zur Veröffentlichung als Fallstudien gelangen – ausschließen. Eine weitergehende Überlegung wären – zweitens – experimentelle Feldversuche. Experimentelle Methoden besitzen ein hohes Potenzial, unverzerrte Ergebnisse zu liefern und werden in der politikwissenschaftlichen Literatur zunehmend diskutiert (Green & Gerber 2003; Druckman et al. 2006). Die Methodologie komplexerer Feldexperimente, wie sie für Beteiligungsverfahren nötig wären, ist jedoch noch nicht ausgearbeitet. Hier bieten sich vielversprechende Perspektiven für eine zukünftige, inter- und transdisziplinäre Forschung.

Literatur

Arbter, K.; Handler, M.; Purker, E.; Tappeiner, G. & Trattnigg, R. (2005): Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten, Wien.

Arnstein, S. R. (1969): A Ladder of Citizen Participation, in: Journal of the American Institute of Planners 35 (4), 216-224.

Baranek, E. & Günther, B. (2005): Erfolgsfaktoren von Partizipation in Naturschutzgroßprojekten - Das Beispiel: Moderationsverfahren im Gewässerrandstreifenprojekt Spreewald, in: P. H. Feindt & J. Newig (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der Politischen Ökonomie, Marburg, 299-319.

Baughman, M. (1995): Mediation, in: O. Renn; T. Webler & P. Wiedemann (Hrsg.): Fairness and Competence in Citizen Participation: Evaluating Models for Environmental Discourse, Dordrecht, 253-266.

Beierle, T. C. & Cayford, J. (2002): Democracy in Practice. Public Participation in Environmental Decisions, Washington, DC.

Berkes, F. & Folke, C. (2002): Back to the Future: Ecosystem Dynamics and Local Knowledge, in: L. H. Gunderson & C. S. Holling (Hrsg.): Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems, Washington, Covelo, London, 121-146.

Bingham, G. (1986): Resolving Environmental Disputes. A Decade of Experience, Washington, D.C.

Bogumil, J.; Holtkamp, L. & Schwarz, G. (2003): Das Reformmodell Bürgerkommune: Leistungen, Grenzen, Perspektiven, Berlin.

Bulkeley, H. & Mol, A. P. J. (2003): Participation and Environmental Governance: Consensus, Ambivalence and Debate, in: Environmental Values 12 (2), 143-154.

Busenberg, G. (2007): Citizen Participation and Collaborative Environmental Management in the Marine Oil Trade of Coastal Alaska, in: Coastal Management 35, 239-253.

Chess, C. & Purcell, K. (1999): Public Participation and the Environment: Do We Know What Works?, in: Environmental Science & Technology 33 (16), 2685-2692.

Claus, F. & Wiedemann, P. M. (Hrsg.) (1994): Umweltkonflikte. Vermittlungsverfahren zu ihrer Lösung - Praxisberichte-, Taunusstein.

Coenen, F. H. J. M.; Huitema, D. & O'Toole, L. J. (Hrsg.) (1998): Participation and the Quality of Environmental Decision Making, Dordrecht, Boston, London.

Coglianese, C. (1997): Assessing Consensus: The Promise And Performance Of Negotiated Rule-making, in: Duke Law Journal 46, 1255-1346.

Cooke, B. (2001): The Social Psychological Limits of Participation?, in: B. Cooke & U. Kothari (Hrsg.): Participation: the new tyranny?, London, New York, 102-121.

Dahl, R. A. (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly 109 (1), 23-34.

deLeon, P. & deLeon, L. (2002): What Ever Happened to Policy Implementation? An Alternative Approach, in: Journal of public administration research and theory 12 (4), 467-492.

Delli Carpini, M. X.; Cook, F. L. & Jacobs, L. R. (2004): Public Deliberation, Discursive Participation, and Citizen Engagement: A Review of the Empirical Literature, in: Annual Review of Political Science 7, 315–344.

Dembart, L. & Kwartler, R. (1980): The Snoqualmie River Conflict: Bringing Mediation into Environmental Disputes, in: R. B. Goldmann (Hrsg.): Roundtable Justice. Case studies in conflict resolution, Boulder, 39-58.

Dienel, P. C. & Renn, O. (1995): Planning Cells: A Gate to "Fractal" Mediation, in: O. Renn; T. Webler & P. Wiedemann (Hrsg.): Fairness and Competence in Citizen Participation: Evaluating Models for Environmental Discourse, Dordrecht, 117-140.

Dietz, T. & Stern, P. C. (Hrsg.) (2008): Public participation in environmental assessment and decision-making. Panel on Public Participation in Environmental Assessment and Decision Making, National Research Council, Washington, D.C.

Druckman, J. N.; Green, D. P.; Kuklinsky, J. H. & Lupia, A. (2006): The Growth and Development of Experimental Research in Political Science, in: American Political Science Review 100 (4), 627-635.

EU (2002): Leitfaden zur Beteiligung der Öffentlichkeit in bezug auf die Wasserrahmenrichtlinie. Aktive Beteiligung, Anhörung und Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen (Übersetzung der englischen Originalfassung). Endgültige, nach dem Treffen der Wasserdirektoren im November 2002 erarbeitete Fassung. Guidance Document No. 8.

Feindt, P. H. (1997): Kommunale Demokratie in der Umweltpolitik. Neue Beteiligungsmodelle, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47 (27), 39-46.

Feindt, P. H. (2001): Regierung durch Diskussion? Diskurs- und Verhandlungsverfahren im Kontext von Demokratietheorie und Steuerungsdiskussion, Frankfurt a.M.

Feindt, P. H. & Newig, J. (2005): Politische Ökonomie von Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung im Nachhaltigkeitskontext. Probleme und Forschungsperspektiven, in: P. H. Feindt & J. Newig (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie, Marburg, 9-40.

Fietkau, H.-J. & Weidner, H. (1994): Mediationsverfahren im Kreis Neuss, in: F. Claus & P. M. Wiedemann (Hrsg.): Umweltkonflikte. Vermittlungsverfahren zu ihrer Lösung - Praxisberichte-, Taunusstein, 99-118.

Fisahn, A. (2002a): Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung, Tübingen.

Fisahn, A. (2002b): Entwicklungstendenzen des Europäischen Planungsrechts, in: UPR 2002 (7), 258-263.

Green, D. P. & Gerber, A. S. (2003): The Underprovision of Experiments in Political Science, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 589, 94-112.

Grote, J. R. & Gbikpi, B. (Hrsg.) (2002): Participatory Governance. Political and Societal Implications, Opladen.

Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a.M.

Hardin, G. (1968): The tragedy of the commons, in: Science 162, 1243-1248.

Heinelt, H. (2002): Achieving Sustainable and Innovative Policies through Participatory Governance in a Multi-level Context: Theoretical Issues, in: H. Heinelt; P. Getimis; G. Kafkalas; R. Smith & E. Swyngedouw (Hrsg.): Participatory governance in multi-level Context. Concepts and experience, Opladen, 17-32.

Heinelt, H. (2008): Demokratie jenseits des Staates: partizipatives Regieren und Governance. Modernes Regieren, Baden-Baden.

Heinrichs, H. (2007): Kultur-Evolution: Partizipation und Nachhaltigkeit, in: G. Michelsen & J. Godemann (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation, München, 709-720.

Heins, B. (1998): Soziale Nachhaltigkeit, Berlin.

Hendriks, C. M. (2006): When the Forum Meets Interest Politics: Strategic Uses of Public Deliberation, in: Politics & Society 34 (4), 571-602.

Hill, M. & Hupe, P. (2002): Implementing public policy: governance in theory and practice, London et al.

Holtkamp, L. (2006): Partizipative Verwaltung - hohe Erwartungen, ernüchternde Ergebnisse, in: J. Bogumil; W. Jann & F. Nullmeier (Hrsg.): Politik und Verwaltung, Wiesbaden, 185-207.

Holzinger, K. (2000): Limits of co-operation: A German case of environmental mediation, in: European Environment (10), 293-305.

Innes, J. E. & Booher, D. E. (2002). The Impact of Collaborative Planning on Governance Capacity. Annual Conference of the Association of Collegiate Schools of Planning, Baltimore.

Jordan, A. (2002): The Implementation of EU Environmental Policy: A Policy Problem without a Political Solution?, in: A. Jordan (Hrsg.): Environmental Policy in the European Union: Actors, Institutions and Processes, London, 301-328.

Kastens, B. & Newig, J. (2007): The Water Framework Directive and Agricultural Nitrate Pollution: Will Great Expectations in Brussels be Dashed in Lower Saxony?, in: European Environment 17, 231-246.

Knill, C. & Lenschow, A. (Hrsg.) (2000): Implementing EU Environmental Policy: New Directions and Old Problems, Manchester.

Koontz, T. M. & Thomas, C. W. (2006): What Do We Know and Need to Know about the Environmental Outcomes of Collaborative Management?, in: Public Administration Review 66, 111-121.

Lafferty, W. M. & Meadowcroft, J. (Hrsg.) (1996): Democracy and the Environment. Problems and Prospects, Cheltenham, Lyme.

Larsson, R. (1993): Case Survey Methodology: Quantitative Analysis of Patterns across Case Studies, in: The Academy of Management Journal 36 (6), 1515-1546.

Layzer, J. (2008): Natural Experiments: Ecosystem-Based Management and the Environment, Cambridge, Mass.

Leach, W. D. (2006): Collaborative Public Management and Democracy: Evidence from Western Watershed Partnerships, in: Public Administration Review 66 (Supplement 1), 100-110.

Leach, W. D.; Pelkey, N. W. & Sabatier, P. A. (2002): Stakeholder Partnerships as Collaborative Policymaking: Evaluation Criteria Applied to Watershed Management in California and Washington, in: Journal of Policy Analysis and Management 21 (4), 645-670.

Lejano, R. P.; Ingram, H. M.; Whiteley, J. M.; Torres, D. & Agduma, S. J. (2007): The Importance of Context: Integrating Resource Conservation with Local Institutions, in: Society & Natural Resources 20 (2), 177-185.

Lind, E. A. & Tyler, T. R. (1988): The Social Psychology of Procedural Justice, New York, London.

Linder, W. & Vatter, A. (1996): Kriterien zur Evaluation von Partizipationsverfahren, in: K. Selle (Hrsg.): Planung und Kommunikation, Wiesbaden, Berlin, 181-188.

Lipsky, M. (1971): Street-level Bureaucracy and the analysis of urban reform, in: Urban Affairs Quarterly (6), 391-409.

Lovan, W. R.; Murray, M. & Shaffer, R. (2004): Participatory Governance in a Changing World, in: W. R. Lovan; M. Murray & R. Shaffer (Hrsg.): Participatory Governance. Planning, Conflict Mediation and Public Decision-Making in Civil Society, Aldershot, Burlington, 1-20.

Luhmann, N. (1987): Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a. M.

Lynn, F. M. & Busenberg, G. J. (1995): Citizen Advisory Committees and Environmental Policy: What We Know, What's Left to Discover, in: Risk Analysis 15 (2), 147-162.

Mayntz, R. (2003): New challenges to governance theory, in: H. P. Bang (Hrsg.): Governance as social and political communication, Manchester, New York, 27-40.

Mayntz, R.; Derlien, H.-U.; Bohne, E.; Hesse, B.; Hucke, J. & Müller, A. (1978): Vollzugsprobleme der Umweltpolitik. Empirische Untersuchungen der Implementation von Gesetzen im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes.

Mayntz, R. & Scharpf, F. W. (1995): Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren, in: R. Mayntz & F. W. Scharpf (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt a. M., 9-38.

Mazmanian, D. A. & Sabatier, P. A. (1980): A Multivariate Model of Public Policy-Making, in: American Journal of Political Science 24 (3), 439-468.

Minsch, J.; Feindt, P. H.; Meister, H.-P.; Schneidewind, U.; Schulz, T. & Tscheulin, J. (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Studie im Auftrag der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages, Heidelberg / New York / Tokyo.

Newig, J. (2005): Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie: Hintergründe, Anforderungen und die Umsetzung in Deutschland, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 28 (4), 469-512.

Newig, J. (2011): Partizipation und neue Formen der Governance, in: M. Groß (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie, Wiesbaden.

Newig, J. & Fritsch, O. (2007): Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Effektivitätssteigerung von Governance. Eine Analyse umweltpolitischer Beteiligungsverfahren im transatlantischen Vergleich, in: I. Bode; A. Evers & A. Klein (Hrsg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland, Wiesbaden, 1-23.

Newig, J. & Fritsch, O. (2009a): The case survey method and applications in political science. APSA 2009 Paper. Available at SSRN: http://ssrn.com/abstract=1451643, Toronto.

Newig, J. & Fritsch, O. (2009b): Environmental Governance: Participatory, Multi-Level – And Effective?, in: Environmental Policy and Governance 19 (3), 197-214.

Newig, J.; Voß, J.-P. & Monstadt, J. (2008): Governance for Sustainable Development in the Face of Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power: an Introduction, in: J. Newig; J.-P. Voß & J. Monstadt (Hrsg.): Governance for Sustainable Development. Coping with ambivalence, uncertainty and distributed power, London, vii-xiv.

O'Toole Jr., L. J. (2004): Implementation theory and the challenge of sustainable development: the transformative role of learning, in: W. M. Lafferty (Hrsg.): Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function, Cheltenhan, Northhampton, 32-60.

Pellizzoni, L. (2003): Uncertainty and Participatory Democracy, in: Environmental Values 12 (2), 195-224.

Pressman, J. L. & Wildavsky, A. (1984 [1973]): Implementation: how great expectations in Washington are dashed in Oakland, Berkeley, Calif. et al.

Randolph, J. & Bauer, M. (1999): Improving Environmental Decision-Making Through Collaborative Methods, in: Policy Studies Review 16 (3-4), 168-191.

Reed, M. S. (2008): Stakeholder participation for environmental management: a literature review, in: Biological Conservation 114 (10), 2417-2431.

Renn, O. (2005): Partizipation – ein schillernder Begriff, in: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society 14 (3), 227-228.

Renn, O. & Webler, T. (1996): Der kooperative Diskurs: Grundkonzept und Fallbeispiel, in: Analyse & Kritik 18 (2), 175-207.

Renn, O.; Webler, T. & Kastenholz, H. (1996): Procedural and Substantive Fairness in Landfill Siting: A Swiss Case Study. **7:** 145-168.

Renn, O.; Webler, T. & Wiedemann, P. (1995): The Pursuit of Fair and Competent Citizen Participation, in: O. Renn; T. Webler & P. Wiedemann (Hrsg.): Fairness and Competence in Citizen Participation: Evaluating Models for Environmental Discourse, Dordrecht, 339-368.

Rowe, G. & Frewer, L. J. (2000): Public participation methods: A framework for evaluation, in: Science Technology & Human Values 25 (1), 3-29.

Rowe, G. & Frewer, L. J. (2005): A Typology of Public Engagement Mechanisms, in: Science, Technology, & Human Values 30 (2), 251-290.

Rydin, Y. (2007): Re-examining the role of knowledge with inplanning theory, in: Planning Theory 6 (1), 52-68.

Sabatier, P. A.; Leach, W. D.; Lubell, M. & Pelkey, N. W. (2005): Theoretical Frameworks Explaining Partnership Success, in: P. A. Sabatier; W. Focht; M. Lubell; Z. Trachtenberg; A. Vedlitz & M. Matlock (Hrsg.): Swimming Upstream. Collaborative Approaches to Watershed Management, Cambridge, London, 173-199.

Scheyli, M. (2000): Aarhus-Konvention über Informationszugang, Öffentlichkeitsbeteiligung und Rechtsschutz in Umweltbelangen, in: Archiv des Völkerrechts 38, 217-252.

Schively, C. (2007): Understanding the NIMBY and LULU Phenomena: Reassessing our Knowledge Base and Informing Future Research, in: Journal of Planning Literature 21 (3), 255-266.

Schmitter, P. C. (2002): Participation in Governance Arrangements: Is there any reason to expect it will achieve "Sustainable and Innovative Policies in a Multi-Level Context"?, in: J. R. Grote & B. Gbikpi (Hrsg.): Participatory Governance. Political and Societal Implications, 51-69.

Schmitter, P. C. (2006): Governance in the European Union: a viable mechanism for future legitimation?, in: A. Benz & Y. Papadopoulos (Hrsg.): Governance and Democracy. Comparing national, European and international experiences, London, New York, 158-175.

Selle, K. (1996): Klärungsbedarf. Sechs Fragen zur Kommunikation in Planungsprozessen - insbesondere zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, in: K. Selle (Hrsg.): Planung und Kommunikation, Wiesbaden, Berlin, 161-180.

Smith, G. (2003): Deliberative Democracy and the Environment, London.

Smith, G. & Wales, C. (2000): Citizens' Juries and Deliberative Democracy, in: Political Studies 48, 51-65.

Stoll-Kleemann, S. & Welp, M. (Hrsg.) (2006): Stakeholder Dialogues in Natural Resources Management. Theory and Practice, Berlin, Heidelberg.

Striegnitz, M. (1995): Das Münchehagen-Verfahren, in: A. Dally; H. Weidner & H.-J. Fietkau (Hrsg.): Mediation als politischer und sozialer Prozess, Rehburg-Loccum, 9-32.

Svoboda, W. R. (1988): Vollzugsdefizite im Umweltschutz I. Überblick über die Implementationsforschung, in: Informationen zur Umweltpolitik 47.

Tsebelis, G. (1995): Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartism, in: British Journal of Political Science 25 (3), 289-325.

van de Kerkhof, M. (2006): Making a difference: On the constraints of consensus building and the relevance of deliberation in stakeholder dialogues, in: Policy Sciences 39, 279-299.

von Alemann, U. (Hrsg.) (1975): Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung: Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. - Eine Einführung. Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Opladen.

Voßkuhle, A. (2001): "Schlüsselbegriffe" der Verwaltungsrechtsreform. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Verwaltungsarchiv 92, 184-215.

Watson, J. L. & Danielson, L. J. (2004): Environmental Mediation, in: Natural Resources Lawyer 15 (4), 687-723.

Webler, T.; Kastenholz, H. & Renn, O. (1995): Public Participation in Impact Assessment: A Social Learning Perspective, in: Environmental Impact Assessment Review 15, 443-463.

Weidner, H. (Hrsg.) (1998): Alternative Dispute Resolution in Environmental Conflicts. Experiences in 12 Countries, Berlin.

Zilleßen, H. (Hrsg.) (1998): Mediation. Kooperatives Konfliktmanagement in der Umweltpolitik, Opladen.

Zschiesche (2001): Die Aarhus-Konvention - mehr Bürgerbeteiligung durch umweltrechtliche Standards?, in: Zeitschrift für Umweltrecht 12 (3), 177-240.